Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 66 (1972)
Heft: 2

Artikel: Militarismus und Reaktion suchen sich zu rechtfertigen
Autor: Liesegang, Konrad
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142017

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Militarismus und Reaktion suchen sich zu rechtfertigen

In der Schweiz setzt sich Gerhart Waeger in seinem Buch «Die Sündenböcke der Schweiz» mit der berüchtigten «Eingabe der Zweihundert» auseinander, d. h. er sucht jene Herren, die interessen- und gesinnungsmäßig auf der Seite der Nazis standen, reinzuwaschen. Im «Öffentlichen Dienst» vom 4. Februar gibt Niklaus Scherr die richtige Antwort auf dieses unverschämte Unterfangen.

Gleichzeitig erreicht uns ein offener Brief an Herrn Thedieck, den Intendanten des Deutschlandfunk, der sich unter Berufung auf die «Unparteilichkeit» dieses Senders herausnimmt, Leute, die mit dem deutschen Militär nichts zu tun haben wollen, in gröbster Weise zu beschimpfen.

Die versuchte Rechtfertigung der Nazi-Sympathisanten bei uns, und die Glorifizierung des Militärs in Deutschland, gehören auf das selbe Blatt, weshalb wir nachstehend den Brief unseres deutschen Friedenskämpfers den Lesern der «Neuen Wege» vorlegen. Red.

Offener Brief. 1. Januar 1972

Herr Thedieck!

Ich weiß nicht, wozu der «Deutschlandfunk» da ist. Ihre Sylvesterrede als Intendant dieses Unternehmens, als offizieller Vertreter seines Geistes, war Deutschland bestimmt nicht dienlich. Sie war sogar geeignet, der Wiederbesinnung unseres Volkes auf seine nationalen Gründe und weltpolitischen Aufgaben entgegenzuwirken. Sie klang nach Barzel und hätte von Adenauer selbst gehalten sein können.

Es ist verständlich, daß Sie als sein langjähriger intimer Mitarbeiter seine grundlegenden Fehlleistungen und ihre Folgen, unter denen unser Volk schon in erschreckend zunehmendem Maße zu leiden hat, nicht wahrhaben wollen. Unbegreiflich ist unter diesen Umständen, daß der «Deutschlandfunk», auf dessen Namen und angebliche Unparteilichkeit Sie sich ausdrücklich beriefen, Ihnen zur Wiederaufwärmung der auf Menschen- und Völkerhaß gegründeten und von jeher gegen Gesamtdeutschland gerichteten Politik Adenauers ausgeliefert wurde.

Sie schlossen mit dem Ausruf, das ganze Volk strebe nach der Wiedervereinigung. Womit Sie insofern die Unwahrheit sagen, als Ihre Partei, die CDU, sich die zwanzig Jahre, da sie an der Regierung war, ständig bemühte, sie zu hintertreiben. In einem wiedervereinigten Deutschland hätte sie doch nicht die Mehrheit gewinnen und an die Regierung kommen können. Selbst Adenauers Leiborgan, «Rheinischer Merkur», warnte daher im Oktober 1951 in zynischer Offenheit: «Gesamtdeutsche Wahlen sollten lieber unterbleiben, weil dadurch der Sturz Adenauers herbeigeführt werden könnte.»

II.

Auch gegen die heutige Regierung habe ich vieles, allerdings ganz anderes als Sie, einzuwenden. Wenn Sie aber alle Register der Demagogie ziehen, um sie für die katastrophalen Folgen der Adenauer-Politik verantwortlich zu machen und ihr sogar daraus, daß sie die Erschießungen an der Mauer noch nicht verhindern konnte, einen Vorwurf zu machen, so ist das eine Unverschämtheit. Denn die Mauer ist doch das Werk Ihrer Partei. Um Adenauer in Schranken zu halten, waren selbst die Amerikaner mit ihrem Bau einverstanden.

Sie sollten sich doch mindestens dessen erinnern, was Adenauer bei Gründung der CDU seinen engsten Mitarbeitern zum Besten gab:

> **«Meine Herren, der Krieg kommt ja doch, und diesmal müssen wir auf der richtigen Seite dabei sein.»**

Woraufhin Prof. Ulrich Noack schnell wieder austrat, dies öffentlich bekanntgab, und hinzufügte: «Alles ist Adenauer zuzutrauen, nur nicht Inkonsequenz. Was der sich einmal in den Kopf gesetzt hat, macht er stur bis zu Ende.»

Tatsächlich handelte er ja dann sehr bald seinem Wahlversprechen und seiner Vereidigung auf die Demokratie zuwider, indem er hinter dem Rücken des Bundestages und der Regierung den Amerikanern die Aufrüstung anbot und in die Wege leitete. Woraufhin auch Gustav Heinemann, als er es wahrnahm, sofort aus der Regierung austrat und auch die Mitgliedschaft in der CDU aufgab.

In Brüssel ließ Adenauer in völliger Schamlosigkeit sogar die gesamtdeutsche Maske, das Bekenntnis zu Deutschland als solches fallen, indem er zu Mendès-France sagte:

> **«Sie verlieren nichts, wenn Sie die deutsche Einheit opfern, aber ich. Wir sind willens, es zu tun, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können.»**

Könnte es auf dem Boden dieser Tatsachen eine größere Scheinheiligkeit geben als den Ruf nach der Wiedervereinigung aus Ihrem Munde? Haben Sie nicht von Anfang an diese Bestrebungen der CDU/CSU zur Verewigung der Teilung Deutschlands auf führendem Posten mitgemacht?

Falls Ihr Gedächtnis aber nachgelassen haben sollte, brauchen Sie ja nur in dem Buch von Prof. Conze alle Einzelheiten nachzulesen, wie Adenauer seinen eigenen Parteigenossen Jakob Kaiser mit aller Rücksichtslosigkeit bekämpfte, weil dieser die Wiedervereinigung und Berlin wieder zur Hauptstadt wollte.. Es genügt wohl, Sie hier an den Brief Adenauers an Jakob Kaiser aus dem Jahre 1946 zu erinnern, in dem er schon schrieb:

> **«Ich glaube, ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß m. E. dafür** (als künftige Reichshauptstadt) **unter keinen Umständen Berlin — gleichgültig ob besetzt oder nicht — in Frage kommt. Ich weiß**

mich darin mit den süddeutshen maßgebenden Herren der CDU völlig einig.»

Selbst für die zunehmende Demoralisierung und die Ausweitung der Kriminalität wagen Sie die heutige Regierung verantwortlich zu machen, während die in ihrer Amtszeit Geborenen doch höchstens drei Jahre alt sind. Daß die Bundesrepublik ein auch für Ihre Begriffe erschreckend niedriges pädagogisches Niveau erreicht hat, ist also nicht der gegenwärtigen Regierung, sondern der CDU/CSU zur Last zu legen, die die zwanzig vorangegangenen Jahre an der Macht war. Wäre ihr nicht nur an «Menschenmaterial» für Industrie und Militär gelegen gewesen, könnten wir es heute in den von den Jugendlichen bis zu den Vierzigjährigen reichenden Generationen bereits zu einem Stamm von selbstbewußten demokratischen Staats- und Weltbürgern gebracht haben.

Was Sie, Herr Thedieck, am gegenwärtigen Zustand der bundesrepublikanischen Bevölkerung kritisierten, ist nur der Anfang vom Auslauf dessen, was der Monoman Adenauer mit seiner Menschenverachtung und dem fehlenden Sinn für die politischen Charaktere angerichtet hat. Statt des unentbehrlichen politischen Potentials haben wir es nun auch in diesen Jahrgängen, abgesehen von den direkt destruktiven Erscheinungen, nur mit einer Masse politisch indifferenter Leute zu tun, die nur noch durch Befriedigungsmittel für die Hab- und Herrschsucht ansprechbar sind. Nicht zuletzt sind sie durch das künstliche Wirtschaftswunder, das nun auch noch zu allen sozialen Versäumnissen und dem militärischen Spielzeug hinzu bezahlt werden muß, um die Wiederbesinnung betrogen worden. Darum sollten Barzel, Thedieck und Genossen sich schämen, auf der unqualifizierbaren Forderung nach Selbstbestimmung demagogisch herumzureiten. Schließlich sind sie ja keine Ignoranten, sodaß sie nicht wüßten, daß die Voraussetzung der Selbstbestimmung die Selbstbesinnung ist, an deren Aufkommen Adenauer und die CDU/CSU-Regierungen unser Volk und besonders die Jugend gehindert haben.

Welch ein Abstand zwischen dem Scherbenhaufen mit allem Komfort, von dem aus Sie Ihre Sylvesterrede hielten, und der realen, zukunftsträchtigen Welt der Menschlichkeit, in der der Bundespräsident Heinemann seine Weihnachtsansprache hielt und jedermann zur **Zivilcourage** und **verantwortlichen Kritik** als den fundamentalen Bürgertugenden aufrief!

(P. S. Welch ein Unterschied einem Adenauer gegenüber, der nicht nur hinter dem Rücken des Bundestages und der Regierung mit der Aufrüstung begann, sondern obendrein das Volk, als es dagegen protestierte, als «die Straße» verhöhnte, die über so komplizierte Dinge gar nicht mitreden könne. — Auch befand er ja, daß der Opposition keine andere Behandlung zukomme, als daß ihr mit dem Holzhammer vor den Kopf geschlagen werde.)

Und Sie, Herr Thedieck, brachten es als Intendant des «Deutschlandfunk» fertig, diejenigen, die es mit dieser grundlegenden Bürgertugend bereits bis zu ihrer entschiedenen Einsicht gebracht haben, dem vermeintlichen Ausschuß der Gesellschaft zuzurechnen. Wörtlich bezeichnenten Sie die Zunahme der **Kriegsdienstverweigerer** in einem Atem mit der Zunahme der Rauschgiftsüchtigen und der Kriminellen als Verfallserscheinung.

Zunächst halte ich mich für besonders berechtigt und verpflichtet, diese Verleumdung zurückzuweisen. Denn, nach dem, was die Militärs bisher angerichtet und aus unserem Volk und Vaterland gemacht haben, muß sich doch jeder wirkliche Vater und jede wirkliche Mutter fragen, ob sie es verantworten können, ihnen die Söhne zu beliebiger Verwendung und selbst zur Entscheidung über Leben und Tod für sie auszuliefern.

Zu den entscheidenden Jugenderlebnissen, die zu meiner Bewußtseins- und Charakterbildung beitrugen, gehört der Verlust zahlreicher Freunde, darunter eines Sohnes der Käthe Kollwitz, bei Langemarck (im Ersten Weltkrieg), Oktober 1914, wo die nicht einmal richtig ausgebildeten Jugendregimenter von einem moralisch und militärish offensichtlich unterentwickelten Generalstab rücksichtslos aufgeopfert wurden. Im Stil von 1870 jagte man sie zum Bajonettkampf aus den Schützengräben heraus, obwohl der Gegner doch bereits auch Maschinengewehre besaß, die Welle um Welle niedermähten. Und als Beispiel dafür, daß unsere Soldaten im Zweiten Weltkrieg genau so sinn- und rücksichtslos geopfert wurden, braucht man — außer der Unsinnigkeit des ganzen Krieges — nur Stalingrad und den dilettantischen und gewissenlosen Befehl von Dönitz zu erwähnen, durch den das Schlachtschiff «Scharnhorst» mit 1932 Mann an Bord, unter Mißachtung aller lagekundigen Warnungen des Kommandanten in der Polarnacht im Eismeer aufgeopfert wurde. Auch haben meine Frau und ich bei der Arbeit in Kriegslazaretten während des Ersten Weltkrieges vier Jahre lang junge Menschen für die Borniertheit, Unfähigkeit und Skrupellosigkeit der Machthaber leiden und sterben sehen.

Und dann wagen Sie es, jeden Menschen, der seine Söhne oder sich selbst dem Machtwahn der Militärs verweigert — oder, wie ich, schon zu Hitlers Zeit verweigert hat — auf eine Stufe mit Rauschgiftsüchtigen und Kriminellen zu stellen?

Schlimm genug wirken die Folgen dessen, daß Adenauer unser Volk mit der totalitären Materialisierung um seine Wiederbesinnung betrogen hat — Rauschgiftsucht und Zunahme der Kriminalität sind nur einige Folgen der verführerischen Entseelung — sich bereits aus. Und da bringen Sie den traurigen Mut auf, die ersten Regenerationserscheinungen, junge Menschen, die es mit der Gewissenhaftigkeit und dem Verantwortungsbewußtsein bis zu der für unser Volk nicht länger zu entbehrenden Zivilcourage gebracht haben, als Dekadenzerscheinungen auszugeben?

Junge Menschen, die es mit der Wahrheit und Wirklichkeit und nicht mehr mit der Herrschaft des Größen- und Verfolgungswahns zu tun haben wollen, weil Menschenliebe und nicht Menschenhaß sie treibt, glauben Sie als Freiwild benutzen zu dürfen, um mit dem «Deutschlandfunk» die Verführung der öffentlichen Meinung immer noch weiter zu treiben? Daß Sie sich damit am Lebensquell und den nationalen Grundlagen für die Wiedergeburt des Gesellschaftslebens vergreifen, ist Ihnen vielleicht noch nicht begreiflich zu machen. Wohl aber muß Ihnen in Ihrer Stellung das Grundgesetz bekannt sein, dessen Artikel 5, Absatz 2, lautet:

> «Diese Rechte (der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit) finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.»

Demnach dürfte es nun Sache der Bundesgerichtsbarkeit sein, sich nach dem Legalitätsprinzip mit dem «Deutschlandfunk» und Ihnen als seinem Intendanten **«zum Schutze der Jugend»**, ihrer **«persönlichen Ehre»** und ihrer **schöpferischen Gutgläubigkeit** zu beschäftigen. Denn ein, noch dazu von staatlichen Organen geprüfter und anerkannter Kriegsdienstverweigerer erfüllt gewissenhaft seine Staatsbürgerpflicht, indem er das ihm vom Grundgesetz, Artikel 4, Absatz 3, ausdrücklich zugestandene Recht wahrnimmt:

> «Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.»

Und diese Gewissensentscheidung wäre für unser Volk von geradezu schicksalhafter Bedeutung, wenn jene unabhängigen Militärsachverständigen recht haben, daß Deutschland nur durch Atombomben auf seine Städte und Verwandlung seines Gebietes in eine radioaktive Sperrzone zugunsten seiner «Verbündeten» zu «verteidigen» wäre.

Wie weit Ihre Partei, die CDU, es mit der Jugendverachtung im Interesse des Patriarchats und seiner kapitalistischen und sonstigen Spielarten, besonders des Militarismus, gebracht hat, geht aus einer Äußerung hervor, die dem Ex-Bundeskanzler Kiesinger, als er noch Ihr Parteivorsitzender war, entschlüpfte. Was wäre von einem Mann dieser Art als oberstem Kriegsherrn zu erwarten, wenn ihn schon in Friedenszeiten in einem Wahlkampf Zwischenrufe Jugendlicher in seine geistige Naziheimat zurückbefördern und ihn die Maske der Menschenfreundlichkeit verlieren lassen können:

> **«Ihr seid nur ein Nebenprodukt,**
> **ein Abfallprodukt unserer Gesellschaft!»**
>
> (Aus: «Die Zeit» vom 12. Juni 1970)

Was wäre von der Verantwortlichkeit eines solchen Mannes für Leib und Leben der seiner Befehlsgewalt ausgelieferten Jugend im Kriegsfall erst zu erwarten! Als Schulbeispiel für das, was Jugendverächter anrichten

können, liegt Langemarck vor. Dies und die immer weiteren furchtbaren Massenverbrechen gegen die Menschlichkeit, die seitdem im Dienste der Blutigen Internationale der Rüstungsindustrie begangen werden, sollten jeder Mutter und jedem Vater zu denken geben, ehe sie ihre Söhne und Töchter Machthabern anvertrauen, deren Begriffe nicht bis zu politischer Produktivität, sondern nur bis zu unqualifizierbaren Entscheidungen reichen, die durch Waffengewalt, also nur durch Mord und Totschlag herbeigeführt werden können.

Denn es ist der Fluch der bösen Tat (auch, wenn sie auf Grund geistiger und seelischer Unterentwicklung noch so gut gemeint sein sollte), daß sie fortzeugend Böses muß gebären.

So ist es auch kein Wunder, daß mit Langemarck der Anfang vom Ende der Karriere von Wilhelm II. begann. Hatte er sich doch in ihrer ersten Zeit schon in einerAnsprache an Rekruten bis zu der barbarischen Aeußerung verstiegen,

sie müßten selbst Vater und Mutter erschießen,
wenn er es befehle.

Der gefährlichste Aberglaube, daß das, was man durch Unterwerfung oder Tötung vor Mitmenschen erreichen kann, einer bedeutenderen Dimension angehöre als alles, was der Mensch von sich selber aus und im vertrauensvollen Zusammenwirken mit anderen Menschen auf Gegenseitigkeit erleben und vollbringen kann, ist natürlich nicht auf die herrschenden Kreise unseres Volkes beschränkt. An ihm kranken sämtliche Völker von jeher. Selbst Kain war nicht der erste und einzige, der an ihm litt.

Und im Verlauf der bisherigen Geschichte, die auf diesem Aberglauben (daß der Krieg der Vater aller Dinge sei) beruht, ist es durch die **wissenschaftlich-technische Überdimensionierung Kains** bereits zur Hegemonie der Rüstungen und zu einem Arsenal von Massenmordwerkzeugen gekommen, das zur mehrmaligen Ermordung der gesamten Menschheit reicht und von keiner Menschenmacht, einschließlich des Staates, mehr zu meistern ist. Und um den Wahnsinn voll zu machen, geben die Staaten einen immer größerenTeil des Sozialprodukts für die noch immer weitere Steigerung der Rüstungen aus, während zwei Drittel der Menschheit hungern.

Damit sieht jeder im Vollbesitz seiner geistigen und seelischen Fähigkeiten befindliche Mensch sich und seinesgleichen in aller Welt — in allen Völkern und allen Wirtschafts- und Regierungssystemen — unmittelbar vor die auf die Allgemeinheit zugekommene Entscheidung über Leben und Tod gestellt.

Jeder Mensch, der es zu politischer Mündigkeit und Zivilcourage bringt, hat also die Wahl: sich durch bewußte, gewissenhaft schöpferische Lebensführung mitverantwortlich für das Überleben der Menschheit zu machen, oder durch Preisgabe des Glaubens und der Verant-

wortlichkeit — samt seinen Kindern — ein Haustierdasein der Lüge und Falschheit einzuhandeln.

*

Wie wäre es, Herr Thedieck, wenn Sie mit der Ausstrahlung dieses Briefes im «Deutschlandfunk» etwas von dem wieder gut machen würden, was Sie mit der Verleumdung jener Kreise der Jugend, die das Erbe derer von Langemarck angetreten und nun die Entwicklung erreicht haben, die in Langemarck abgebrochen wurde, anrichteten. — Mit diesem Appell an Ihr Gewissen und Ihre Verantwortlichkeit grüße ich Sie

Konrad Liesegang

Afrika und der Westen

Der Beschluß des Sicherheitsrates, seine jetzige Sitzung in Addis Abeba abzuhalten, bringt deutlich zum Ausdruck, daß die afrikanischen Probleme von jetzt an auch Weltprobleme sind. Die gefährlichsten dieser Probleme, sei es Rhodesien, Südafrika, die sogenannten portugiesischen Übersee-Provinzen oder Namibia (Südwest-Afrika) können nicht unabhängig voneinander beurteilt werden, denn sie sind alle aufs engste verknüpft mit der Zukunft der weißen Minoritäten, die in diesen Ländern an der Macht sind. Ein konservatives Parlamentsmitglied erklärte vor dem Unterhaus, daß die Gefahr eines blutigen Rassenkrieges im südlichen Afrika eindeutig bestehe und sogar direkt bevorstehend sein könnte.

Schwarze Rhodesier sind, wie man sieht, im offenen Aufruhr. Die Ovambos von Namibia (die fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen) haben ihrem erfolgreichen Streik, dem ersten, den schwarze Arbeiter gegen die südafrikanische Regierungspolitik geführt haben, eine Widerstands-Kampagne folgen lassen, die so ernst war. daß Mr. Vorster seine Truppen nach Namibia beorderte.

Obschon es nur zu wahrscheinlich ist, daß die autoritären weißen Regimes die Herausforderung der Schwarzen werden unterdrücken können, wird dies nur vorübergehend möglich sein, und nur um den Preis schwerer künftiger Kämpfe.

Man kann diese Situation nur mit größter Sorge betrachten, denn das Ergebnis einer blutigen rassischen Auseinandersetzung wird für Weiße und Schwarze gleicherweise schwer zu tragen sein.

(Leitartikel des «Observer» vom 30. Januar 1972.)

Mr. Stanley Uys macht in derselben Ausgabe des «Observer» darauf aufmerksam, wie ungelegen dem südafrikanischen Premier die Session des Sicherheitsrates in Addis Abeba kommen muß. Mr. Vorster